

## Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

### Prüfungsteil 1.2 Falldossier

<b>Kandidatennummer</b>	
<b>Zweig</b>	Invalidenversicherung
<b>Dauer</b>	90 Minuten
<b>Falldossier</b>	Nr. 2
	Wiederanmeldung einer versicherten Person mit einem Suchtleiden - medizinische Behandlungsauflagen
<b>Beilagen</b>	<b>7 Seiten</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Beilage 1: Ablehnung vom 23.10.2014 (2 Seiten)</li> <li>– Beilage 2: Nichteintretensentscheid vom 08.11.2017 (2 Seiten)</li> <li>– Beilage 3: Schreiben des Psychiaters vom 30.01.2020 zum Gesuch vom 09.02.2020 (1 Seite)</li> <li>– Beilage 4: Auflageschreiben vom 18.06.2020 betreffend Entzug und psychiatrische Behandlung (1 Seite)</li> <li>– Beilage 5: Schreiben des Psychiaters vom 28.02.2023 zum Gesuch vom 03.04.2023 (1 Seite)</li> </ul>
<b>Anzahl Seiten</b>	7

---

## Falldossier

---

### Sachverhalt

Frau Sutter ist 41 Jahre alt, von Beruf Kindergärtnerin und seit Jahren Alkoholikerin. Sie meldete sich erstmals am 28.03.2014 zum Leistungsbezug bei der IV an, wobei sie unter Hinweis auf ihre Alkoholsucht um berufliche Massnahme bzw. eine Rente ersuchte. Das Gesuch wurde abgelehnt, da die Sucht selbst keinen Krankheitswert aufweise und auch nicht Folge einer Krankheit sei.

Drei Jahre später meldete sie sich erneut bei der IV an. Der Anmeldung lagen keine medizinischen Unterlagen bei, welche eine Änderung in ihrem Gesundheitszustand bescheinigten, weshalb die IV-Stelle sie schriftlich aufforderte, eine med. Beurteilung ihres Gesundheitszustandes beizubringen. Frau Sutter reichte ein Schreiben der behandelnden Psychotherapeutin ein, welchem zu entnehmen war, dass sie aufgrund ihrer Sucht nicht mehr in der Lage sei, die Anforderungen einer Kindergärtnerin zu erfüllen. Die Diagnose lautete: Alkoholabhängigkeit (ICD-10 F10.2). Der RAD und der Rechtsdienst der IV-Stelle gingen davon aus, dass Frau Sutter keine Verschlechterung des Gesundheitszustands glaubhaft gemacht hatte, denn die Alkoholabhängigkeit sei bereits bei der Ablehnung vom 23.10.2014 beurteilt worden. In der Folge verfügte die IV-Stelle mit Datum vom 08.11.2017 ein Nichteintreten auf das neuerliche Leistungsgesuch.

Am 09.02.2020 ging die dritte Anmeldung bei der IV ein. Der dem Gesuch beiliegende Bericht des Psychiaters vom 30.01.2020 bestätigte die bestehende Alkoholabhängigkeit und deren Auswirkung auf die Arbeitsfähigkeit. Die IV-Stelle trat auf das Gesuch ein und holte weitere medizinische Unterlagen ein. Diese bescheinigten Frau Sutter eine Arbeitsunfähigkeit aus Gründen der Alkoholabhängigkeit. Nach einem stationären Entzug und mit psychotherapeutischer Begleitung könne die Arbeitsfähigkeit langsam mit zu Beginn niederschweligen Massnahmen auf mindestens 50 % eines Vollpensums gesteigert werden. Die IV-Stelle auferlegte Frau Sutter mit Schreiben vom 18.06.2020 einen stationären Entzug und mit Blick auf eine darauffolgende berufliche Eingliederung eine psychotherapeutische Behandlung. Frau Sutter unterzog sich dem Entzug und trat eine Integrationsmassnahme in einer Institution an, wobei sie die psychiatrische Behandlung 3 Monate nach Beginn der IM abbrach. Dies hatte zur Folge, dass sich ihr Gesundheitszustand verschlechterte, sie erneut massiv Alkohol konsumierte und sie den Arbeitsplatz in der Institution verlor. Die IV-Stelle forderte sie schriftlich auf, sich erneut in psychiatrische Behandlung zu begeben, was Frau Sutter kategorisch ablehnte. Daraufhin wurde ihr Gesuch vom 09.02.2020 im Oktober 2020 mit einem Nichteintretensentscheid rechtskräftig abgeschlossen.

Nun hat sie am 03.04.2023 erneut ein Leistungsgesuch eingereicht. Inzwischen hat sich Frau Sutter aus eigener Initiative wieder in psychotherapeutische Behandlung begeben. Dem Gesuch lag ein Bericht des behandelnden Psychiaters vom 28.02.2023 bei, in dem neben der weiterhin bestehenden Alkoholabhängigkeit auch eine mittelschwere depressiven Episode (ICD-10 F33.1) diagnostiziert wurde. Die IV-Stelle prüft nun ein Eintreten auf diese erneute Anmeldung. Vom Behandler wird die Durchführung einer Psychotherapie empfohlen, nachdem Frau Sutter wieder abstinent ist.

---

### Beilagen

- Beilage 1: Ablehnung vom 23.10.2014
- Beilage 2: Nichteintretensentscheid vom 08.11.2017
- Beilage 3: Schreiben des Psychiaters vom 30.01.2020 zum Gesuch vom 09.02.2020
- Beilage 4: AufLAGeschreiben vom 18.06.2020 betreffend Entzug und psychiatrische Behandlung
- Beilage 5: Schreiben des Psychiaters vom 28.02.2023 zum Gesuch vom 03.04.2023

---

**Aufgabe**

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bis zum Zeitpunkt des Nichteintretensentscheids vom 08.11.2017 vor.
2. Nehmen Sie rechtlich begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren mit Erlass eines Nichteintretensentscheids korrekt abgeschlossen hat. Erklären Sie darin auch die Voraussetzungen für den Erlass einer solchen Abweisung.
3. Nehmen Sie sodann eine ganzheitliche Analyse bezüglich der rechtlichen Ausgangslage nach Eingang der Wiederanmeldung vom 09.02.2020 vor. Nehmen Sie dabei auch begründet Stellung, ob die IV-Stelle zurecht auf diese Anmeldung eingetreten ist.
4. A) Beurteilen Sie aus rechtlicher Sicht, ob die Auferlegung der medizinischen Behandlung rechters war. B) Erklären Sie aus rechtlicher Sicht, was der Einstellung der Leistungen nach dem Abbruch der med. Behandlung vorausgehen musste.
5. Entscheiden Sie rechtlich begründet, ob die IV-Stelle auf das Gesuch vom 03.04.2023 eintreten muss oder nicht.
6. Formulieren Sie ein neues Schreiben mit medizinischen Auflagen nach Eingang der Wiederanmeldung vom 03.04.2023.

---

**Erwartungen**

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar und Ihre Aussagen hinreichend begründen sind. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, wobei der effektive Umfang Ihrer Arbeit nicht bewertet wird. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

---

**Hinweis**

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

---

## Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar? (15 Punkte)
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen? (15 Punkte)
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen? (15 Punkte)
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen? (15 Punkte)
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt? (15 Punkte)
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen? (15 Punkte)

---

## Punkte

max. 90

---

## **Lösungsvorschlag Falldossier**

### Ausgangslage

Frau Sutter ist seit vielen Jahren alkoholkrank. Aus diesem Grund fand sie in ihrem erlernten Beruf als Kindergärtnerin keine Anstellung mehr. Sie meldete sich im Jahr 2014 erstmals bei der IV zum Leistungsbezug an. Dieses Gesuch wies die IV ab. Auf das zweite Leistungsgesuch aus dem Jahr 2017 trat die IV nicht ein. 2020 reichte Frau Sutter ein weiteres Gesuch ein, auf welches die IV-Stelle eintrat und Abklärungen aufnahm. Frau Sutter unterzog sich zunächst den medizinischen Auflagen, sodass eine berufliche Eingliederung gestartet werden konnte. Sie brach dann jedoch die Behandlung ab, worauf sich ihr Gesundheitszustand verschlechterte. Trotz schriftlicher Aufforderung der IV-Stelle weigerte sie sich, wieder in Behandlung zu begeben. Die IV-Stelle stellte in der Folge alle Leistungen ein. Eine vierte Anmeldung ist noch pendent.

Vor dem IV-Rundschreiben 395 vom 28.11.2019 war ein reines Suchtgeschehen keine invalidisierende Krankheit. Nur wenn die Sucht eine invalidisierende Krankheit verursachte oder die Sucht selbst Folge eines invalidisierenden Gesundheitsschadens war, konnte auf das Gesuch eingetreten werden. Das Suchtgeschehen wurde nicht in die Beurteilung der Invalidität mit einbezogen, lediglich die Folge bzw. der zu Grunde liegende Gesundheitsschaden wurde berücksichtigt.

Mit BGE 145 V 215 vom 11.07.2019 änderte das Bundesgericht die Rechtsprechung in Bezug auf ein Abhängigkeitssyndrom. War das Abhängigkeitssyndrom fachärztlich einwandfrei diagnostiziert, so konnte dieses als invalidisierender Gesundheitsschaden betrachtet werden, wie andere (psychische) Gesundheitsschäden auch.

### **1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bis zum Zeitpunkt des Nichteintretensentscheids vom 18.11.2017 vor.**

Frau Sutter ist bei der Anmeldung im Jahr 2014 einzig alkoholkrank, weitere Diagnosen bestehen nicht. Die Alkoholabhängigkeit hat keine weiteren Gesundheitsschäden verursacht und ist auch nicht Folge eines vorgängig bestehenden Gesundheitsschadens. Zum damaligen Zeitpunkt war eine Suchterkrankung an sich kein invalidenversicherungsrechtlich zu beachtender Gesundheitsschaden. Einzig wenn diese Abhängigkeit bereits einen weiteren Gesundheitsschaden verursacht hat, z. B. eine Schädigung der Leber mit entsprechenden Krankheitsfolgen oder wenn die Suchterkrankung Folge eines vorbestehenden Leidens war z. B. als Folge eines Unfalles mit unerträglichen Schmerzen, welche mit einem Übermass an Tabletten bekämpft wurden, konnte die IV-Stelle auf das Gesuch eintreten. Unter diesen Umständen musste die IV-Stelle das Leistungsgesuch aus dem Jahr 2014 ablehnen.

### **2. Nehmen Sie rechtlich begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren mit Erlass eines Nichteintretensentscheids korrekt abgeschlossen hat. Erklären Sie darin auch die Voraussetzungen für den Erlass eines solchen Entscheids.**

Für eine Wiederanmeldung nach einem abgewiesenen Gesuch ist gem. Art. 87 Abs. 2 und 3 IVV eine Glaubhaftmachung einer wesentlichen und erheblichen Änderung im Gesundheitszustand nötig. Die versicherte Person muss diese Änderung ihres Gesundheitszustands mit Einreichung des Revisionsgesuches glaubhaft machen (Beweislastumkehr). Es genügt nicht, dass der Arzt eine veränderte/erhöhte Arbeitsunfähigkeit bescheinigt. Die versicherte Person hat nachzuweisen, worin die Änderung besteht.

---

Die IV-Stelle prüft anhand der von der versicherten Person eingereichten Unterlagen, ob die geltend gemachte/n Änderung/en glaubhaft sind und sich diese im Vergleich zum Sachverhalt, der dem massgebenden Referenzzeitpunkt zu Grunde lag, in erheblicher Art und Weise auf den Rentenanspruch auswirken kann. Wird keine solche Änderung glaubhaft gemacht, muss die IV-Stelle auf das Gesuch nicht eintreten. Da im Schreiben zum Gesuch vom Jahre 2017 lediglich die bereits 2014 beurteilte Suchterkrankung geltend gemacht wurde, trat die IV-Stelle zurecht nicht auf das Gesuch ein.

**3. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bezüglich der rechtlichen Ausgangslage nach Eingang der Wiederanmeldung vom 09.02.2020 vor. Nehmen Sie dabei auch begründet Stellung, ob die IV-Stelle zurecht auf diese Anmeldung eingetreten ist.**

Die Rechtsprechung bezüglich eines Abhängigkeitssyndroms als invalidenversicherungsrechtlicher Gesundheitsschaden hat sich mit BGE 145 V 215 vom 11.07.2019 geändert. Seither ist auch bei einem fachärztlich einwandfrei diagnostizierten Abhängigkeitssyndrom wie bei allen anderen psychischen Erkrankungen abzuklären, ob es sich auf die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Person auswirkt. Allerdings ist eine neue Rechtsprechung per se kein Revisionsgrund. Eine neue Anmeldung muss daher genauso auf eine erhebliche Änderung im Gesundheitszustand geprüft werden.

Im Schreiben des Psychiaters ist lediglich die bereits 2014 geprüfte Alkoholabhängigkeit erwähnt. Auch 2014 hatte diese schon Auswirkung auf die Arbeitsfähigkeit von Frau Sutter. Eine wesentliche Änderung im Gesundheitszustand oder eine weitere Diagnose wird nicht erwähnt. Somit liegt kein Revisionsgrund vor und die IV-Stelle hätte nicht auf das Gesuch eintreten dürfen.

**4. A) Beurteilen Sie aus rechtlicher Sicht, ob die Auferlegung der medizinischen Behandlung rechters war. B) Erklären Sie aus rechtlicher Sicht, was der Einstellung der Leistungen nach dem Abbruch der med. Behandlung vorausgehen musste.**

A) Gemäss medizinischer Einschätzung des behandelnden Psychiaters ist mit einem Entzug und einer anschliessenden psychiatrischen Behandlung eine Verbesserung der Eingliederungsmassnahmen bzw. der Eingliederung ins Berufsleben wahrscheinlich. Da der behandelnde Psychiater diese bereits vorschlägt, kann angenommen werden, dass solche auch zumutbar sind. Somit ist die Auferlegung von medizinischen Behandlungen (Entzug und Psychotherapie) im Rahmen der Schadenminderungspflicht nach Art. 21 Abs. 4 ATSG rechters.

B) Die Versicherte musste vorgängig schriftlich gemahnt und auf die Folgen der Verletzung der Schadenminderungspflicht aufmerksam gemacht werden (Art. 21. Abs. 4 ATSG). Es musste ihr dabei auch eine angemessene Bedenkzeit eingeräumt werden (Mahn- und Bedenkzeitverfahren). Das Gesuch konnte nicht materiell geprüft werden und wurde deshalb infolge der Verletzung der Mitwirkungspflicht gemäss Art. 43 Abs. 3 ATSG durch Nicht-Eintreten abgewiesen.

---

**5. Entscheiden Sie rechtlich begründet, ob die IV-Stelle auf das Gesuch vom 03.04.2023 eintreten muss oder nicht.**

*Dem Gesuch vom 03.04.2023 liegt ein Schreiben des behandelnden Psychiaters bei. In diesem macht er eine Änderung des Gesundheitszustands geltend, indem er eine mittelschwere depressive Episode zusätzlich zur weiterhin bestehenden Alkoholabhängigkeit diagnostiziert. Somit liegt auch in IV-rechtlicher Sicht eine erhebliche Änderung des Gesundheitszustands von Frau Sutter vor, denn eine mittelschwere depressive Episode kann für sich allein schon die Arbeitsfähigkeit beeinflussen. Im Gegensatz zum Gesuch von 2020 ist diesmal ein Revisionsgrund gegeben und die IV-Stelle muss auf das Gesuch eintreten.*

**6. Formulieren Sie ein neues Schreiben mit medizinischen Auflagen nach Eingang der Wiederanmeldung vom 03.04.2023 und weisen Sie auf die rechtlichen Grundlagen hin**

*Die versicherte Person muss an allen zumutbaren Massnahmen, die zur Erhaltung des bestehenden Arbeitsplatzes oder zu ihrer Eingliederung ins Erwerbsleben dienen, aktiv teilnehmen. Darunter fallen insbesondere medizinische Behandlungen nach Art. 25 KVG (Art. 7 Abs. 2 IVG)*

*Unsere Abklärungen haben ergeben, dass Ihre Suchterkrankung und das psychische Leiden Ihre Arbeitsfähigkeit beeinflussen. Sie haben sich bereits einem stationären Entzug unterzogen und sich wieder in psychotherapeutische Behandlung begeben. Diese Massnahmen können Ihre Arbeitsfähigkeit verbessern und sind Ihnen zumutbar. Wir fordern Sie deshalb auf, uns bis spätestens 31.05.2023 zu bestätigen, dass Sie die bereits begonnene und zumutbare psychotherapeutische Behandlung nach Massgabe Ihres Behandlers fortsetzen.*

*Sollten Sie dieser Auflage nicht nachkommen, werden wir die Prüfung Ihres Gesuches vom 23.04.2023 einstellen und das Gesuch mit einem Nichteintretensentscheid abweisen.*

*Bitte informieren Sie uns bis spätestens 31.05.2023 über den Fortgang der psychiatrischen Behandlung.*

*Die Kosten der psychotherapeutischen Behandlung gehen nicht zu Lasten der Invalidenversicherung.*